

Potsdam, 27. November 2024

Klimabündnis Brandenburg fordert konsequenten Klimaschutz: "Verantwortung für Brandenburg und die Zukunft"

Am 27. November 2024 versammelte sich das Klimabündnis Brandenburg vor dem Fortunaportal des Brandenburger Landtags in Potsdam, um eindringlich an die Verantwortung der künftigen Landesregierung zu appellieren. Die Aktion steht unter dem Motto: „Recht auf Zukunft“.

Das Bündnis aus Umwelt-, Natur- und Mobilitätsverbänden fordert von den Koalitionsparteien SPD und BSW, Klimaschutz als zentrale Grundlage ihrer Politik zu verankern. „Zum Ende der Koalitionsverhandlungen mahnen wir eindringlich dazu, die schwerwiegende Verantwortung für dieses Land, die Bürgerinnen und Bürger und die junge Generation ernst zu nehmen und mutig zu handeln,“ betont Magdalena Eder, Sprecherin des Klimabündnisses Brandenburg.

Im Zentrum der Kundgebung stehen:

- Die Verpflichtung zum Klimaschutz als verfassungsrechtliche Aufgabe: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021 hebt deutlich hervor, dass unzureichender Klimaschutz die Freiheitsrechte künftiger Generationen, und damit das Grundgesetz, verletzt.
- Brandenburgs besondere Rolle im Klimaschutz: Als Bundesland, das noch fossile Energieträger abbaut, muss Brandenburg Vorreiter sein – durch konsequente Emissionssenkungen und innovative Ansätze zur regionalen Stärkung.
- Soziale Gerechtigkeit durch Klimaschutz: Die finanziell Schwächsten leiden am stärksten unter den Folgen der Klimakrise. Klimagerechte Politik schützt deshalb nicht nur die Umwelt, sondern auch die Menschen.

Die Ergebnisse der COP in Baku und die jüngsten politischen Entwicklungen in den USA zeigen: Globale Bemühungen stagnieren, und es braucht entschlossenes Handeln auf allen Ebenen. Das Klimabündnis fordert die neue Landesregierung auf, Potsdams renommiertes Klimawissen zu nutzen und in konkretes Handeln umzusetzen.

"Das der Klimaplan in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird ist ein wichtiges Signal, und nicht zuletzt sicher auch dem Druck unseres Bündnisses geschuldet. Entscheidend wird nun aber die konkrete Umsetzung und Finanzierung wichtiger Maßnahmen sowie die personelle Ausgestaltung. Wir werden auch hier sehr genau hinsehen und kritisch prüfen, welche Versprechen eingelöst werden und wo mit netten Worten die Zeit zurückgedreht werden soll.", so Magdalena Eder.

Die Aktion am 27. November fand um 12:00 Uhr statt. Nach einer Rede wurde ein acht Meter langes Banner mit zentralen Zitaten aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts enthüllt. Damit soll verdeutlicht werden, dass Klimaschutz nicht nur ein moralisches Gebot, sondern eine rechtliche Verpflichtung ist.

Ansprechpartnerin für die Presse:

Magdalena Eder - Klimabündnis Brandenburg
eder@klimabuendnis-brandenburg.de
Mobil: +49 177 189 881 0

Hintergrund Klimabündnis:

Im Klimabündnis Brandenburg organisieren sich Vertreter*innen der Umwelt- und Naturschutz- sowie der Verkehrsverbände und der Klimaaktivist*innen in Brandenburg, um gemeinsam den Klimaschutz im politischen wie öffentlichen Raum zu vertreten. Dem Bündnis gehören an: die Landesverbände des BUND, NABU, Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) und Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sowie Extinction Rebellion Potsdam und Fridays For Future Brandenburg. Unterstützt wird das Bündnis durch Scientists4Future,

KLIMABÜNDNIS BRANDENBURG



PRESSEMELDUNG

Parents4Future Brandenburg und die Landesverbände der Naturfreunde, BUNDjugend und Naturschutzjugend.

Quelle:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1_bvr265618.html?nn=68080

Die Rede und Fotos: <https://www.klimabuendnis-brandenburg.de/presse/>